

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser !

Der „11. September“ ist just zur Fertigstellung dieser neuen Ausgabe von SÜDASIEN von der „Gesellschaft für Deutsche Sprache“ zum „Wort des Jahres“ 2001 gekürt worden. Dieser Begriff stehe wie kein anderer als Synonym für das Grauen und Entsetzen über die Terroranschläge von New York und Washington, so die Juroren in ihrer Begründung. Doch ganz offensichtlich stand bei ihrer Wahl auch die honorige Germanisten-Jury selbst unter Schock. Denn ein Datum - und sei es von noch so großer historischer Bedeutung - mit einer Auszeichnung zu adeln, die eigentlich besonders kreative und originelle Wortschöpfungen würdigen soll, ist an Banalität kaum noch zu überbieten. Auch die nächstplazierten Begriffe „Antiterrorkrieg“ und „Milzbrandattacke“ zeugen von einem in bedenklichem Maße gedämpften Sinn für Sprachästhetik. Wenn selbst die berufsbedingt sensibelsten Sprachseismographen schon der Faszination des von den Massenmedien nach dem „11. September“ ausgelösten gesellschaftlichen Militarisierungstrend erliegen, könnten Nachrichtenmagazine und Fernsehsender durchaus auf die Idee kommen, Präsident Bush oder gar Usama bin Laden zum „Mann des Jahres“ auszurufen. Sharon und Arafat wären vielleicht gute Kandidaten für die weiteren Plätze. Aber dies ist eine andere Geschichte...

Die Anekdote rund um die Wortkür des „11. September“ belegt nur allzu deutlich, wie sehr sich unter dem Eindruck der an diesem Tag begangenen Terroranschläge und der dadurch ausgelösten militärischen Gegenreaktion der USA unser Alltag bis in die Tiefenschichten hinein verändert hat. „Nichts mehr wird so sein wie es war“, lautete hierzu das intellektuell zwar ziemlich platte, aber trotzdem zutreffende Fazit eines deutschen Politikers. Und in der Tat sind wir Augenzeugen einer ungeheuren Beschleunigung politischer Entwicklungen auf allen nur denkbaren Ebenen: Da werden von den Parlamenten der „westlichen Welt“ in der Vorweihnachtszeit in aller Eile sogenannte „Antiterrorpakete“ geschnürt, die tief in elementare Bürgerrechte und -freiheiten eingreifen. Geheimdienste erhalten plötzlich ohne große Diskussion Befugnisse eingeräumt, die in so mancher Diktatur auch nicht sehr viel größer sind. Und die deutsche Bundeswehr wird gewissermaßen über Nacht und ohne große Vorbereitung nach Afghanistan katapultiert: sozusagen vom Truppenübungsplatz im Harz mitten in die Minenfelder des Hindukush. Gleichzeitig feiert die deutsche Diplomatie, bislang mit dem häufig mühsamen Alltag der Europapolitik mehr als ausgelastet, als erfolgreicher Friedensstifter und Gastgeber der UN-Afghanistankonferenz in Bonn einen glanzvollen Auftritt auf internationalem Parkett. Milliardenschwere Hilfsprogramme werden aus dem Boden gestampft, die nicht nur Afghanistan zu gute kommen sollen, sondern auch Pakistan und Indien sowie weiteren Ländern der Region. Plötzlich ist Südasiens ganz wichtig, plötzlich ist uns Südasiens ganz nah.

Auch das SÜDASIENBÜRO bekam diesen Boom der letzten Wochen und Monate zu spüren. Journalistenanfragen häuften sich, Radiointerviews waren zu geben und Organisatoren von Seminar- und Informationsveranstaltungen meldeten sich, händeringend auf der Suche nach Referenten. Akademien, Volkshochschulen und Universitäten, die noch vor kurzem bei Themenvorschlägen für einen Südasiens-Abend aus Angst vor leeren Stuhlreihen dankend abzulehnen pflegten, planen plötzlich Ringvorlesungen und aufwendige Vortragsreihen mit anschließendem Buffet und musikalischen Einlagen für die Pause.

So positiv das plötzliche Interesse an den Ländern Südasiens auch sicher ist; bisweilen beschleicht einen doch mit bitterem Beigeschmack die Erinnerung an die Zeit vor dem „11. September“: Warum drängten sich Hilfswerke nicht schon im Frühjahr in den afghanischen Flüchtlingslagern rund die pakistanische Stadt Peshawar, wo mehr als 70.000 neue Bürgerkriegs- und Dürreflüchtlinge unter sengender Sonne vegetieren mußten? Wieso wurde vor drei Jahren das Goetheinstitut in Lahore geschlossen? Wieso zogen sich Politische Stiftungen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Böll-Stiftung aus Pakistan - und damit indirekt auch aus Afghanistan - zurück? Warum wurden die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren für wichtige südasiatische Länder drastisch gekürzt und zeitweilig sogar ganz eingestellt? Und dies alles in vollem Bewußtsein des daraus resultierenden politischen Flurschadens? Wegen der internationalen Sanktionen aufgrund der indisch-pakistanischen Nukleartests? Und warum gilt dann dieses Argument heute nicht mehr? Schon damals hätte man sich stattdessen im Sinne der Krisenprävention mit Blick auf die schwelenden Krisenherde in der Region - namentlich Afghanistan, Kashmir aber auch Sri Lanka - verstärkte Vermittlungsaktivitäten seitens der westlichen Länder gewünscht. Es bleibt nur zu hoffen, daß das Schockerlebnis des „11. September“ diesmal den Rückfall in alte Fehler verhindert. Mir bleibt nur, Ihnen im Namen der gesamten Redaktion ein friedlicheres Jahr 2002 sowie spannende und interessante Lektüre der druckfrischen Ausgabe von SÜDASIEN zu wünschen, die diesmal - wie könnte es anders sein - ganz im Zeichen steht des „11. September.“

Ihr

